

# **MEHR CHANCEN FÜR MEHR FRAUEN**

## **Studierende entlasten und Studienbedingungen für Frauen verbessern**

Resolution der Denkfabrik Zukunft (Duderstadt-AK)  
für die Bundesmitgliederversammlung des Deutschen Akademikerinnenbundes e. V.  
in Freiburg  
April 2008

Vor einem Jahr sind in Bayern Studiengebühren eingeführt worden. Bayern ist ein Beispiel einer ganzen Reihe von Bundesländern, eines der Länder, die für das Recht der Gebührenerhebung vor dem BVerfG geklagt und Recht bekommen haben.

Es ist uns ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass wir auf der Denkfabrik Zukunft in Duderstadt schon vor zwei Jahren, als mit NRW und Hessen die ersten Bundesländer Gebühren von den Studierenden verlangt haben, das Thema aufgegriffen haben. Alles andere wäre auch traurig für einen Verband gewesen, der die Akademikerinnen vertritt. Man kann über Studiengebühren und ihre Erschwinglichkeit vielleicht geteilter Meinung sein, dass sie jedoch für junge Leute, vor allem, wenn sie finanziell weniger gut gestellt sind, besonders ermutigend zur Aufnahme eines Studiums wirken würden, kann sicher nicht gesagt werden.

Ein Studium bedeutet immer Verzicht, auf einen Verdienst, den man bei einem anderen Ausbildungsgang schon haben könnte, einen geringeren Lebensstandard über mehrere Jahre, mit allerdings früher mehr als heute begründeter Hoffnung, vielleicht später einen guten und interessanten Beruf und einen höheren Lebensstandard zu bekommen. Die Aufnahme eines Studiums ist ein Ausdruck von Vertrauen junger Menschen in eine Zukunft, von der zum Zeitpunkt der Wahl dieses Weges nicht wirklich klar ist, ob sie sich auch erfüllen wird.

Wenn es in einem Studium also schon ein bisschen knapp ist, weil die Eltern nicht so viel zuschießen können, die Studienpläne zu vollgepackt sind, um groß nebenher jobben zu können, die Lebenshaltungskosten je nach Studienort auch beträchtliches betragen können, dann sind eben die geforderten 1000 Euro pro Jahr doch nicht so wenig. Wenn in einer Familie zwei Kinder gleichzeitig studieren, ist es mitunter auch nicht so leicht für die Eltern, sie im Studium finanziell zu unterstützen oder voll zu finanzieren. Sollen Kinder aus solchen Familien nicht studieren dürfen? Wirkt die finanzielle Belastung oder die Aussicht auf Schulden vielleicht auf junge Frauen eher entmutigend, ein Studium aufzunehmen, oder es nicht über fünf Jahre bis zum Master fortzuführen?

Es ist ein immerhin ganz netter Beitrag zu den Kosten, die da die Studierenden selbst erbringen. "König Kunde" sind sie deswegen noch lange nicht. An den Hochschulen sind z.B. Überfüllung und zuwenig Dozenten, zuwenig Bücher und Medien, zu schlechte Ausstattung nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Da die Studiengebühren dem schwächsten Teil im Bildungssystem, den Studierenden, abverlangt werden, sie aber für ihr Opfer nicht wirklich guten Service bekommen können, scheint es geraten, entweder die Studiengebühren als ungerecht abzuschaffen, oder die anderen Teile des Hochschulsystems, die jeweiligen Länder, nehmen endlich Geld in die Hand, um ihren Teil zur überfälligen Beseitigung der Mängel zu leisten, und stellen endlich mehr Mittel und vor allem mehr Personal bereit. Dabei soll auch über eine Nivellierung der Bezahlung von Personen im Professorenrang nachgedacht werden wie über ein Ende der Ausbeutung von

Hilfswissenschaftlern, Honorarkräften und Dozenten aller Art, bei denen um jeden Preis ein Anspruch auf Weiterbeschäftigung oder Übernahme in den Staatsdienst vermieden werden soll und deren Bezahlung ihrer Leistung hohnspricht.

Zudem sollten wir bedenken, dass unser Land im internationalen Bildungsvergleich nicht so gut dasteht, dass Deutschland eine zu geringe Quote akademisch Gebildeter hat und dass lauthals über Fachkräftemangel geklagt wird. Andererseits werden Akademikerinnen die Wege im Beruf und in den Beruf hinein oder wieder hinein nicht gerade leicht gemacht, was ja dem Mangel schon etwas entgegensetzen würde.

Wir haben uns auch Sorgen gemacht und es als eine Aufgabe auch des Verbandes gesehen, nach den Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf das Studienverhalten von Frauen zu fragen und Frauen zur Aufnahme von Studien zu ermutigen und zum Durchhalten bis zum Masterabschluss. Vorzeitiges Abgehen mit nur dem Bachelor sollte nicht das Ziel für Frauen sein, denn damit sind die spätere schlechtere Bezahlung und mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten im Beruf vorprogrammiert. Vor allem war unserer Ansicht nach darauf zu achten, dass genügend Frauen unter den Gutachtern sind, die die neuen Studiengänge akkreditieren und dass in diesen Verfahren auf die Lebensentwürfe von Frauen eingegangen wird. Unser besonderes Augenmerk galt der Forderung, die Möglichkeit zum Masterabschluss auch wirklich offenzuhalten, damit dies der Regelabschluss bleibt.

Es ist vor diesem Hintergrund zu prüfen, ob die zusätzliche Belastung der Studierenden durch Studiengebühren nicht beendet werden sollte. Eine Abschaffung der Studiengebühren würde den derzeit laufenden gewaltigen Umstellungen im deutschen Bildungswesen nach dem Bolognaprozess wohl besser gerecht, zumal mit den Geldern der Studierenden eine substantielle Verbesserung der Gesamtsituation ohnehin nicht bewirkt werden kann und soll. Dies geht nur, wenn die Länder endlich mehr Geld in die Hochschulbildung zu stecken bereit sind, um Deutschland wieder voranzubringen.